

Forderung nach Vermenschlichung des Strafvollzugs auch auf die Fernursachen der Zunahme krimineller Akte und die damit zusammenhängenden Erziehungsprobleme eingeht. Da wir auf S. 572—575 beide Dokumente im Wortlaut abdrucken, ist hier nur auf die dritte Verlautbarung, auf die *Erklärung zur parteipolitischen Tätigkeit der Geistlichen* kurz einzugehen. Sie besagt, daß die BK es ablehnt, „daß sich ein Priester öffentlich innerhalb einer Partei, für eine Partei sowie für die Wahl einer Partei einsetzt“. Das staatsbürgerliche Recht der Mitgliedschaft auch für Priester in einer Partei bleibe davon unberührt. Die Erklärung, die im wesentlichen den Aussagen des Priesterdokuments der römischen Bischofssynode von 1971 folgt (vgl. HK, Dezember 1971, 584 ff.), läßt *Ausnahmen* gelten, in denen der direkte parteipolitische Einsatz von Geistlichen gerechtfertigt erscheint: „wenn antidemokratische Kräfte den für die Verwirklichung der Menschenrechte notwendigen öffent-

lichen Freiheitsraum bedrohen oder die Verkündigung des Evangeliums — wenn auch in versteckter Weise — unterbinden“ würden und keine Laien zur Verfügung stünden, die in einer solchen Lage aktiv werden könnten. Solche Ausnahmefälle seien für die Bundesrepublik „heute nicht gegeben“. Kardinal Döpfner erinnerte an die ehemaligen „Zentrumsprälaten“ und meinte, heute seien unter anderen Vorzeichen wieder Anzeichen einer ähnlichen Entwicklung festzustellen. Die Bischöfe wollten damit offenbar dem theologisch und kirchlich wenig überzeugenden Bild von wahlwerbenden Professoren und Patres einen Riegel vorschieben. Allerdings läßt sich die Legitimitätsgrenze zwischen wahlwerbenden Geistlichen und parteipolitisch einflußreichen geistlichen Mentoren im Hintergrund kaum exakt ziehen. Vielleicht regt die Erklärung an, die politische Tätigkeit der Geistlichen, ihren Nutzen und ihre Grenzen, seitens der Kirche, aber auch seitens der Parteien überhaupt neu zu klären.

denkt, für den kann es keinen Zweifel geben, daß die Militärs nicht nur eine legale, verfassungsmäßige Regierung gestürzt haben, sondern daß die „imperialistischen“ Mächte, voran die USA mit ihrem CIA, das ganze „Verbrechen“ inszeniert haben. Wer mehr auf das wirtschaftliche Chaos sieht, das sich in den letzten Monaten unter Allende ausbreitete, wer grundsätzlich gegen die radikale, von der Verfassung nicht immer abgestützte Verstaatlichungspolitik der Volksunion war und in der massiven Politisierung der Betriebe, der Universitäten und der Verwaltung noch keine tragfähige Gesellschaftsreform, wohl aber eine akute Gefährdung des Verfassungsstaates von innen her sah, der neigt jetzt nicht nur dazu, in dem drakonischen Regiment der Militärs das geringere Übel zu sehen. Er erklärt auch Übergriffe von Militär und Polizei, Mißhandlungen von Gefangenen, Verbrennung von marxistischer Literatur mit Vorliebe als Pannen untergeordneter Dienststellen oder als einzelne Übergriffe von rachsüchtigen Milizsoldaten. Man wird dann auch eher der Meinung sein, wie der Vorsitzende der suspendierten christlich-demokratischen Partei Chiles, *Patricio Aylwin*, in einem Interview mit *P. José Kuhl* (vgl. KNA, 11. 10. 73), daß die Machtübernahme durch die Militärs kein unblutiger Operetten-Staatsstreik sein konnte, wie wir sie aus anderen lateinamerikanischen Ländern fast zu Dutzenden kennen, weil die hinter der Volksunion stehenden extremistischen Kräfte für einen blutigen Widerstand gerüstet waren.

Die Kirche Chiles nach dem Sturz Allendes

Sechs Wochen nach dem Sturz Allendes und der Machtübernahme durch das Militär ist es immer noch schwierig, einen zuverlässigen Überblick über die Ereignisse in Chile zu erhalten. Die Presse in Europa und in Amerika berichtet zwar ausführlich und kontinuierlich, bringt Reportagen und referiert vermeintliche oder wirkliche Augenzeugenberichte. Aber die Nachrichten bleiben stückhaft und widersprechen sich häufig, ihr Informationswert ist nicht hoch zu veranschlagen. Dies hängt nicht nur von der chilenischen Pressezensur ab und vom Widerspruch zwischen dem, was die offiziellen Erklärungen der Junta beinhalten und was Beobachter berichten. Die Reaktionen auf den Umsturz sind — wie kann es anders sein — parteilich, ein Stück Glaubensbekenntnis,

gegenständig formuliert, je nachdem, ob Anhänger oder Sympathisanten der gestürzten Regierung oder ihre Kritiker oder Gegner berichten.

Das *Urteil über die Junta* hängt auch davon ab, wie man die Zustände unter Allende beurteilt hat. Wer vom „chilenischen Weg zum Sozialismus“, den man in Allende und seiner Koalition aus marxistischen Parteien vertreten sah, für Chile, wenn nicht für Lateinamerika überhaupt, das Heil erwartete, der wird leicht der Meinung sein, wie ein früher in Chile tätiger französischer Pater in einem Interview mit dem römischen „Messaggero“ erklärte (vgl. La Croix, 12. 10. 73), unter dem jetzigen „Regime von Mördern“ wolle er nur noch als „Guerillero“ ins Land zurückkehren. Wer in dieser Richtung

Das Regiment des Militärs

Aber so sehr Berichte und Meinungen auseinandergehen, das, worin sie übereinstimmen, ist doch schwerwiegend genug, um den Eindruck zu erwecken, die Militärs seien auf dem besten Wege, „von oben“ herbei- oder gar durchzuführen, was gerade nach der Meinung der nüchterneren chilenischen und ausländischen Beobachter verhindert werden sollte und was gerade die politische Mitte, wie sie die *christlich-demo-*

kratische Partei Chiles verkörpert, dazu bewegte, die Machtübernahme durch die Militärs eben als das *unvermeidbare geringere Übel* zu tolerieren: der drohende Bürgerkrieg. Sie betreiben nicht nur eine Politik diktatorischer Härte, wie sie unter militärischer Herrschaft üblich ist (Aufhebung bzw. Suspendierung von Parteien und Gewerkschaften), sistieren Löhne und Gehälter und setzen zur Ankurbelung der Produktion längere Arbeitszeiten durch, sondern scheinen das eingeführte Kriegerrecht extensiv anzuwenden. Die Jagd auf den marxistischen Gegner wird offen zum Ziel der „Befriedung“ erklärt, und wenn auch Meldungen über systematische Folterungen und Massenerschießungen übertrieben sind, so werden die Anwendung des Standrechtes und gruppenweise Erschießungen bei Razzien, die fast täglich gemeldet werden, auch von den Militärs zugegeben. Man braucht nur die Junta-Kommuniqués zu registrieren und muß nicht unbedingt Augenzeugenberichten wie dem eines amerikanischen Ehepaares glauben, das behauptete, Zeuge der Exekution von 400 bis 500 Gefangenen im Stadion von Santiago gewesen zu sein, um das Ausmaß an Repression oder (nach dem Vokabular der Junta) an „Bestrafung“ zu begreifen. Der Generalsekretär des Internationalen Katholischen Juristenverbandes, *Leopoldo Torres-Boursault* (Madrid), der mit einer dreiköpfigen Juristenkommission Chile besuchte, erklärte gar: „Die Folter- und Exekutionspraktiken sind so systematisch, daß sie der Definition der Vereinten Nationen . . . von Genozid-Verbrechen nahekommen“ (nach *Le Monde*, 16. 10. 73).

Freilich muß auch hier wieder auf das *Vorher* verwiesen werden: die Aufdeckung von Waffenlagern und militärischen Ausrüstungen ist keine Erfindung von Militärs, sondern wird auch von Politikern festgestellt, die die Regierung Allende, wenn auch mehr der Not gehorchend als aus Überzeugung ursprünglich unterstützt hatten. Der christlich-demokratische Vorgänger von Allende, *Eduardo Frei*, sprach in einem Interview mit

der spanischen Tageszeitung „ABC“ (10. 10. 73) davon, daß die Aufrüstung des illegalen Volksheeres, der Bauern- und Arbeitermiliz, im Staatsapparat und in den teilweise illegal verstaatlichten oder staatlich besetzten Betrieben besonders in den sog. Industriegürteln rings um die großen Städte („cordones industriales“) die Ausmaße des regulären Heeres übertroffen habe. Es versteht sich, daß nach einer solchen innenpolitischen Entwicklung die Verhältnisse mit der Machtübernahme allein noch nicht stabilisiert sind und daß für die Bevölkerung des Landes eine repressive Militärherrschaft noch eher hinnehmbar ist als die gewaltsame Etablierung einer totalitären Herrschaft von links oder als ein offener Bürgerkrieg, der nach den Worten von Frei das „Ende Chiles“ bedeutet hätte. Daß solche Behauptungen kein nachträglich erfundenes Gespenst sind, beweisen u. a. die wiederholten Warnungen des chilenischen Episkopats. Seit Jahresbeginn hatten sich die chilenischen Bischöfe wenigstens dreimal mit der Warnung vor einem Bürgerkrieg an die Öffentlichkeit gewandt. Von diesem Hintergrund ist zweifellos auch das scharfe Vorgehen der Militärs gegen Ausländer (vor allem Flüchtlingen aus anderen lateinamerikanischen Ländern) zu sehen. Da Chile unter Allende Zufluchtsort nicht nur für zu Unrecht politisch Verfolgte, sondern von Linksextremisten verschiedenster Provenienz geworden ist, stellen diese für die Militärs kein geringes Sicherheitsrisiko dar.

Zäsur auch für die Kirche

Aber wie immer man einmal die Entwicklung vor dem 11. September und die Ereignisse nachher beurteilen wird, fest steht, daß mit dem Experiment Allende und dem ihm folgenden Militärputsch eine lange demokratische Tradition vorläufig beendet wurde, die eine der wenigen Hoffnungen für eine politische wie soziale Stabilisierung in Lateinamerika war. In diese Zäsur ist auch die Kirche des Landes zutiefst hineinverwickelt: einmal durch die herausragende öffentliche Stellung,

die die Kirche (und vor allem der Episkopat) in Chile einnimmt, sodann durch ihr Verhalten gegenüber der Regierung Allende und nicht zuletzt dadurch, daß die Kirche wie die Bevölkerung insgesamt politisch tief gespalten ist und sich Katholiken in allen (auch extremen) politischen Lagern befinden, von den Anhängern der rechtsextremen „Patria y Libertad“ bis zu den hauptsächlich von sozial und politisch aktiven Klerikern getragenen „Cristianos por el Socialismo“, die die Volksunion entschieden stützten, oder der linksrevolutionären christlich-demokratischen Dissidentenpartei MAPU.

Das Bild über die Kirche ist nach dem 11. September allerdings fast noch widersprüchlicher als das des Landes insgesamt. Nicht wenig erstaunt vernahm die internationale Öffentlichkeit *Nachrichten über eine scheinbar bedingungslose Unterstützung der Militärregierung* durch die offizielle Kirche, vor allem durch Kardinal *Raul Silva Henríquez* von Santiago, der vor dem Umsturz als toleranter Vermittler mit persönlich guten Beziehungen zu Allende bekannt war. Aus seinen ersten Erklärungen wurde seine Aufforderung zur Unterstützung der Behörden beim Wiederaufbau des Landes verbreitet, ohne daß der Kontext der Aufforderung einsichtig wurde. Über die Fernsehapparate flimmerte ein Bericht über ein feierliches „Tedeum“ in Anwesenheit der Militärs und der Kirchenspitzen in der Kathedrale von Santiago, das als Dankgottesdienst für die Machtergreifung durch die Militärs ausgelegt wurde. Und über ökumenische Quellen wurde berichtet, katholische Bischöfe hätten sich wegen der Hilfe für Flüchtlinge, die sich (wegen politischer Verfolgung in ihren Herkunftsländern) unter Allende in Chile aufhielten und jetzt durch die Militär-razzien bedroht sind, an protestantische Stellen gewandt, mit der Feststellung, sie würden von katholischer Seite, insbesondere durch den Kardinal, desavouiert. Die Meldung über das „Tedeum“ klärte sich allerdings bald auf. Es handelte sich nicht um eine Dankagung für den gewaltsamen Macht-

wechsel, sondern um den *Gedenkgottesdienst*, aus Anlaß des chilenischen Unabhängigkeitstages in der Kirche der „Nationalen Danksagung“ (und nicht in der Kathedrale), der entgegen den Vorstellungen und dem Willen der Militärs von den Kirchen gemeinsam als ökumenischer Gebetsgottesdienst für die Opfer und für den Frieden im Lande gestaltet wurde. Und bezüglich der *Flüchtlingshilfe* berichtete NC News Service (11. 10. 73), das erste Flüchtlingszentrum habe auf direkte Intervention des Kardinals beim Innenminister für drei Monate in einer Jesuitenresidenz in der Nähe von Santiago von den Kirchen gemeinsam eröffnet werden können.

Rechenschaft des Kardinals

Dennoch stellte sich vielen die Frage, wie sie „La Croix“ (13. 10. 73) formulierte: „Ist nun die Kirche, nachdem sie Allende unterstützt hat, auf seiten der Militärs?“ Und in Europa hagelte es Proteste gegen das bloße Bedauern (zweimalige) des Papstes und die Nichtintervention des Vatikans, die man wiederum zu einem Teil auf den Einfluß von Kardinal Silva zurückführte. Richtig ist wohl, daß auch der Kardinal, wie verstreuten Äußerungen zu entnehmen ist, in der Sorge, Schlimmeres zu verhüten, den Terror der Militärs unterschätzt. Torres-Boursault zeigte sich „sehr enttäuscht“ über die Auskunft des Kardinals anläßlich des Besuches der Juristenkommission. Der Kardinal meinte: Was geschehe, sei zwar sehr triste, aber es sei ein geringeres Übel. Sein Hinweis, die Militärs hätten in der Provinz ihre Offiziere nicht immer unter Kontrolle, befriedigte die Juristen nicht. Sicher gilt für die Regierungszeit von Allende, daß der Episkopat und vor allem der Kardinal in der Erweisung öffentlicher Freundlichkeiten weiter ging, als es Allendegegnern vertretbar schien. (Sie wurden nicht selten auch überinterpretiert.)

Daß die Toleranz gegenüber der Regierung nicht durch persönliche Sympathie begründet war oder marxisti-

schen Neigungen entsprang, ist dokumentiert in einem im Mai 1973 unter dem Titel „La mision social del cristiano: Conflicto de clases o solidaridad cristiana“ erschienenen Buch des Kardinals, in dem dessen öffentliche Stellungnahmen zu sozialen und politischen Fragen aus den letzten acht Jahren zusammengestellt sind. Es beginnt mit dem Brief, in dem der Kardinal auf die kritische Anfrage der chilenischen Jesuiten die kirchliche Agrarreform im Jahr 1965 rechtfertigt, und schließt mit der im Kontext der sich zuspitzenden innenpolitischen Krise verfaßten letzten Osteransprache des Kardinals. Es enthält die Botschaft an die Christen seiner Diözese unmittelbar vor der Wahl Allendes im Jahr 1970, eine kritische Abgrenzung zwischen Christentum und Marxismus, eine Situationsanalyse der chilenischen Kirche aus der Perspektive von Medellin und seine Kritik an den „Christen für den Sozialismus“. Das Buch bringt Dokumente, Auszüge aus Predigten, Briefen, Fernsehansprachen, Reden vor Landarbeitern, Gewerkschaftsgruppen, sozialistischen Jugendorganisationen, vor der Bischofskonferenz und den Studenten der Katholischen Universität, an die er mehrfache Warnungen vor marxistischer Infiltration des Lehrbetriebes richtete. Neben der persönlichen Stellungnahme zur Ermordung des Oberbefehlshabers General Schneider im Herbst 1970 — stehen die besorgten Aufrufe an das chilenische Volk, der Appell vom September 1972, in dessen Zentrum die Worte „congoja y esperanza“ (Furcht und Hoffnung) stehen, eine beschwörende Warnung vor dem Bürgerkrieg und den Folgen der Gewalt. Das Buch macht deutlich, von welchen Kriterien sich der Kardinal leiten ließ. Es sind im wesentlichen drei: 1. Bejahung der Sozialreformen; 2. Ablehnung des Marxismus in seinen atheistischen und totalitären Komponenten; 3. Respekt vor und Kooperation mit der verfassungsgemäß bestellten Regierung, deutlich verbunden mit einem *Vertrauensvorschuß* hinsichtlich der Person Allendes, der auch nach dem Urteil von Oppositionspolitikern im Gegensatz

zu seiner extrem linken sozialistischen Partei und ihren politischen Köpfen als unideologische Persönlichkeit galt. Nach diesen Kriterien hat der Kardinal bis zuletzt zu vermitteln gesucht, sowohl zwischen der Regierung und den streikenden Transportunternehmern, wie zwischen der Volksunion und den Christdemokraten. (Nach Mitteilung Aylwins [s. o.] fand eines der letzten Gespräche am 17. August zu dritt zwischen Allende, Aylwin und dem Kardinal in dessen Haus statt.)

In seiner ersten Stellungnahme, am 14. September (drei Tage nach dem Putsch) tat der Kardinal nichts anderes, als die genannten Kriterien der Situation nach dem Umsturz entsprechend neu zu formulieren (vgl. die Auszüge aus der von ihm unterzeichneten Erklärung des Ständigen Komitees der BK in NC News Service, 17. 9. 73). 1. Beklagte der Kardinal das Ende der demokratischen Ordnung, die Blutopfer von Soldaten und Zivilpersonen und forderte Respekt für die Opfer des Umsturzes einschließlich dessen, „der bis vor kurzem Präsident der Republik war“. 2. Forderte er zur nationalen Versöhnung auf und in diesem Rahmen zur Kooperation mit den Behörden. 3. Verlangte er von den neuen Machthabern die Beibehaltung und Weiterentwicklung der sozialen Errungenschaften für die arbeitende Bevölkerung und die baldmögliche Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Im übrigen aber scheint der Kardinal mit der überwiegenden Mehrheit im Episkopat und Klerus, wie auch der päpstliche *Nuntius* in Chile, der sich mehrmals als stabilisierendes Element erwiesen hat, im Blick auf die noch unsicheren Verhältnisse den Weg der konkreten Hilfen und der indirekten Einwirkung gegenüber der lauten Anklage vorzuziehen. Nicht zu übersehen ist übrigens, daß auch eine nicht geringe Zahl von Klerikern und eine Reihe von kirchlichen Institutionen von den Razzien betroffen sind, auch wenn im Klerus bisher nur ein Toter (am Tage des Umsturzes selbst, der insgesamt die meisten Todesopfer forderte) mit Sicherheit zu beklagen ist.